

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Dienstag den 6. November 1894.

№ 128.

Der Einfluß der Sekmashinen auf die Lage der Gehilfen.

Eine Gehilfenanschauung.

In einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges, wie die unsrige es ist, muß es doppelt wunderbarlich erscheinen, wenn ein Mann wie DeWinne, der sich doch zweifellos zu den „Gebildeteren“ zählt, zu Anschauungen kommen kann, wie er sie in jener famosen Rede (s. Nr. 124 des Corr.) entwickelte. Selbst dem stupidesten Menschen wird der Herr DeWinne nicht glauben machen können, daß die Einführung der Maschinen eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bedeute. Wenn ich mich aber dennoch mit der Rede dieses Herrn etwas beschäftigen will, so thue ich es deshalb, weil Herr DeWinne einige tatsächlich gute Gedanken gehabt hat, nur daß er die richtige Konsequenz nicht zu ziehen vermocht oder gewollt hat. Beginnen wir daher gleich mit seiner ersten Aeußerung. DeWinne stellt hier nämlich fest, daß Leute wie Bellamy, Marx und Most die Erfindung der Maschinen für ein Werk des Gottseibeiuns halten und am liebsten in vandalischem Eifer diese Erfindungen zerstören möchten. Ich kann diese Auffassung des Herrn DeWinne nur als eine höchst naive bezeichnen. Kann Herr DeWinne wirklich nicht einsehen, daß auch wir Gehilfen, wenigstens diejenigen, welche sich über die wirklichen Ursachen untrer wirtschaftlichen Impotenz klar geworden sind, die Erfindung der Maschine als einen Fortschritt bezeichnen? Wir haben ja nur das eine an diesem Fortschritt anzusetzen, daß er nämlich, wie jeder andre technische Fortschritt, nicht uns zu gute kommt! Die Herren Unternehmer verstehen es nämlich meisterhaft, den Zweck der Maschine, dem Menschen die Arbeit leichter und bequemer zu machen, ihm die endlose Arbeitszeit zu verkürzen, bis auf ein erträgliches Minimum illusorisch zu machen! Heute liegen die Verhältnisse infolge der Monopolisierung des Kapitals tatsächlich so, daß der Vorteil einer Maschine (und darin allein liegt doch der Fortschritt) dem Kapitalisten allein zufällt, während der Arbeiter nicht nur leer ausgeht, sondern sogar einestheils seiner Existenz vollständig beraubt wird, andernteils aber erst recht zu eintöniger, langweiliger Arbeit gezwungen wird und hierdurch tatsächlich zu einem Sklaven der Maschine herabsinkt. Diese Thatsache ist so in die Augen springend, daß sich Herr DeWinne durch sein kühnes Zeugnen derselben ein glänzendes — Armutzeugnis ausgestellt hat.

Ich habe schon angedeutet, daß die Behauptung Herrn DeWinnes, die Maschine nehme dem Arbeiter das Mechanische, Gemeine der Arbeit ab und verweise ihn auf die besseren Arbeiten, eine irrige ist. Denn machen wir uns einmal recht klar, in welcher Weise speziell die Sekmashine in die bestehenden Verhältnisse

eingreifen wird, so finden wir, daß durch die Maschine etwa zwei Drittel der bis jetzt beschäftigten Werk- und Zeitungssetzer überflüssig werden. Das verbleibende eine Drittel wird nun die Maschine zu bedienen haben — also keineswegs bessere Arbeiten machen als bisher. Da auch das Accidenzsetzer-Angebot die Nachfrage bei weitem übersteigt, so werden also die beschäftigungslos Gewordenen zusammen mit der schon jetzt bestehenden Reservearmee zu einer Zahl anwachsen, daß der Kapitalist seine „Preise“ für die Ware „Arbeit“ beliebig auf ein verschwindendes Minimum herabdrücken kann, ohne einen Mangel an willigen Kräften befürchten zu müssen. Eine derartige gewaltige Katastrophe, die uns mit Schauern an die Weber im Culengebirge erinnert, nennt nun Herr DeWinne eine heilsame, da der Setzer in Zukunft ein besserer Arbeiter zu werden sich bestreben muß. Ein heißes Borgefühl wallt in mir auf, wenn ich mir den Mann vorstelle, wie er gewissenlos, mit einem Lächeln auf den Lippen, diese Worte spricht, die geradezu allen bestehenden Verhältnissen einen Faustschlag ins Gesicht versetzen! Denn wer anders ist schuld an der mangelhaften Ausbildung des größten Teiles der Setzer als gerade die Prinzipale selbst? Wer ist es anders als die Prinzipale, die durch schamlose Ausbeutung des Lehrlings eine gediegene Ausbildung illusorisch machen? Von wem überhaupt soll denn der Lehrling etwas lernen? Der Prinzipal ist oftmals nicht einmal Sachmann und selbst wo dies der Fall, bekümmert er sich herzlich wenig um die „Ausbildung“ der Lehrlinge. Und für den Gehilfen gilt das Wort: „Zeit ist Geld!“ wodurch auch ihm zu einer Ausbildung des Lehrlings (der Lehrlinge richtiger gesagt) die Hände gebunden sind. Und angesichts solcher Thatsachen noch von oben bezeichneter „heil-samer Wirkung“ der geschilderten Katastrophen zu sprechen — das nenne ich zum mindesten frivolo!

Ich komme nun zum Schlusse. Wenn auch Herr DeWinne von dem schädlichen Einflusse der Maschinen für die Lage der Arbeiter nichts wissen will, so habe ich doch gezeigt, daß durch die Einführung der Sekmashine wir vor eine Katastrophe der gewaltigsten Art geführt werden. Da entsteht denn naturgemäß die Frage: „Wie ist dieser Katastrophe vorzubeugen und wie zwingen wir die Maschine, uns zum Segen anstatt zum Verderben zu werden? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns erst klar werden, ob wir wie die Weber in blindem Vandalismus der Maschine gewaltfam den Eingang versperren wollen. Das wäre indes ein sehr reaktionäres Thun, gegen das jeder gebildete, auf der Höhe seiner Zeit stehende Mensch energisch protestieren muß. Auch wollen wir nicht vergessen, daß solche Gewaltmaßregeln eitel nutzlos sind, wofür uns wiederum die Weber ein „Mene telkel“ sein können! Nein,

bedenken wir den Grundsatz: Gewalt ist ein Feind der Vernunft! Was aber sollen wir thun? Es gibt keine andre Antwort auf diese Frage als die Forderung unsers Verbandsprinzips: „Verkürzung der Arbeitszeit!“ Da die Verkürzung der Arbeitszeit aber nur von geistig klaren, charakterfesten Männern, die genau wissen, was sie wollen, errungen werden kann, so haben wir zweierlei zu thun: 1. Kräftige Agitation für unsern Verband und 2. müssen wir in den einzelnen Ortsvereinen an der Aufklärung und Revolutionierung der Gedankenwelt des einzelnen Mitgliedes, wenn möglich durch periodische, gemeinverständliche Vorträge und daran anschließende Diskussion, kräftigst arbeiten. Denn es ist hohe Zeit, nicht nur, daß die noch abseits stehenden Kollegen für den Verband gewonnen werden, sondern vor allen Dingen, daß wir überzeugte Männer erziehen! Wir leben in einer ersten Zeit, dunkel und unheilbrohend liegt die nächste Zukunft vor uns, da erfordert es doppelt ernster, kampfbereiter Männer. Streben wir alle danach, es zu werden! Der Ort dazu ist: Unser Verband! Gp.

Korrespondenzen.

Düren (Rheinl.). Unser Marco-Durum weist 13 Buchdruckereien auf, deren Verhältnisse folgende sprechenden Zahlen darthun.

Firmen	Gehilfen	Arbeitszeit	über Min.	sum Min.	unter Min.	Sezer-Gehrl.	Druck-Gehrl.
Hoersch & Orthaus	10	10 $\frac{1}{4}$	9	1	—	—	—
Schleicher & Schill	11	10 $\frac{1}{4}$	8	2	1	—	1
Rob. Hamel	9	10	7	1	1	6	2
Gebüder Degen	10	10	3	1	6	3	1
Druckerel.-Aktien-Gesellschaft .	6	10	2	1	3	3	1
W. Beder	6	10	2	—	4	4	2
Rau Ww. & Sohn	1	10 $\frac{1}{4}$	1	—	—	1	—
Jos. Benzen	2	10	1	—	1	1	—
Gebüder Herzheim	1	10 $\frac{1}{4}$	1	—	—	—	—
W. Büheler	1	10	—	—	1	1	—
H. Büheler	—	10	—	—	—	—	—
Gebüder Hoffmüller	1	10 $\frac{1}{2}$	—	1	—	—	—
Gebüder Stendel	—	10	—	—	—	—	—
	58	8 à 10 5 à 10 $\frac{1}{4}$	34	7	17	20	7

Von diesen 58 Gehilfen (34 Sezer, 15 Drucker, 7 Schweizerdegen) gehören 22 dem Verband an; die übrigen sollten doch endlich einsehen, welche Wohlthaten ihnen durch den Verband geboten werden. Aus der Tabelle leuchtet nun vor allem das brillante Lehrlingswesen hervor. An der Spitze marschirt danach H. Hamel (hatte man doch neulich, als man das Bild einer photographischen Gelegenheitsaufnahme des gesamten Personals sah, das Empfinden, als wäre darauf in geschickter Weise eine Kinderbewahrschule platziert). Neben den 8 Lehrlingen zeigten sich noch einige jugendfrische Gesichter von Kollegen, dann kam eine Schar Buchbinderstifte, verbunden mit dito Laufburschen, und den Schluß bildeten die Maschinennädchen mit einigen Verkaufstinnen. Wenn man einen von dieser Jugend auf Schulbildung ausfragt, so findet man häufig das Gebot von Paul Knoll „man hol her sie von den Sternen oder hinter der Pflichtgar“ illustriert. In 2 $\frac{1}{2}$ Jahren hat dies Geschäft nicht weniger als 14 oder

15 Maschinenmeister verbraucht, was aber wohl nur an den so verschiedenartig geratenen Charakteren liegt. Goffentlich kommt derartige in fernerer Zeit nicht mehr vor und es dürfte sich überhaupt noch manches zum Bessern wenden, wenn, wie beabsichtigt, der junge Chef, der einige Jahre die technischen Schwierigkeiten erkennen lernte, die Gesamtleitung übernimmt. — Die niedrige Zahlungsweise der drei Firmen Degen, Aktien-Gesellschaft und Beder entspricht ihrer famosen Absicht: „für jeden Preis liefern wir, ob die Maschinen nun stillstehen oder ob sie (bei schnellstem Kaufe nicht) verdienen aber verschleißend dem Arbeiter wenigstens Unterhaltung bieten“ usw.; das sind so die Aeußerungen dieser Herren, unter den hiesigen Verhältnissen wohl kaum im Stande, die Preise hochzuhalten. Daß Beder mit 6 Gesellen bei 6 Gesellen auf der Höhe paradiert, das hat seinen Grund in der Herstellung der liberalen Zeitung, die im übrigen von unseren reichen Direktoren sehr stark bevormundet wird, in dieser Beziehung läßt man dem B. aber freie Hand; mag er „Buchdrucker fabrizieren“ jodelt er will, unsere sonst humanen und gutes fördernden Herren zeigen herzlich wenig Laßt, sich hier ins Mittel zu legen. Die Aktien-Druckerei steht unter christlicher Männer Schutz und wird der niedrige Lohn wohl einem Christen besser ansehn, sonst würde er bei einem Mehr drassen müssen; fertigt man doch daselbst Leute von 33 Jahren mit 13 bis 14 Mk. ab. Degen druckt das Amtsblatt und beschönlliche Arbeiten, welche ihre wahre Güte anscheinend auch durch billige Arbeitskräfte erlangen müssen. Die übrigen kleinen Geschäfte bieten sich in der Tabelle; von den beiden Papierwarenfabriken Schleichler & Schüll und Gosech & Dethaus muß rühmend hervorgehoben werden, daß sie auf treue Stiche der Verbringer verzichten, komplizierte Arbeiten lassen dies Böllchen auch zweckmäßig erscheinen.

Hg. Hannover. Am Sonntage dem 30. September fand hier eine von den Mitgliedern mit großer Spannung erwartete Versammlung statt, zu welcher die Tagesordnung lautete: 1. Vorschläge zur Wahl eines Reiseskassenverwalters. 2. Bericht der Delegierten vom 24. Gantage. 3. Mitteilungen und Kollegialisches. Vor Eintritt in die Tagesordnung war ein Dringlichkeitsantrag betreffend Wahl einer Preßkommission für die Abfassung der Berichte an den Corr. eingegangen, welcher durch die Wahl der Herren Aue, Thomas und Hartwig erledigt ward. — Es wurde dann von der Versammlung ein Punkt berührt, welcher die hiesigen Mitglieder augenblicklich in einiger Aufregung erhält und wohl dazu angethan ist, auch weiteren Mitgliederkreisen zur Kenntnisnahme unterbreitet zu werden. Schon seit langer Zeit waren in der Mitgliedschaft Klagen darüber laut geworden, daß unser bisheriger Gau- und Lokalvorsitzer, Herr Klapproth, die vom hiesigen Lokalvereine gefassten Beschlüsse nicht in der von der Versammlung gewünschten Weise zur Ausführung bringe und die hier arbeitslosen oder durchreisenden Kollegen in einer nichts weniger als kollegialischen Weise behandle. Ferner wurde es als nicht richtig erkannt, daß in der Hand Klapproths sich eine größere Anzahl Remter vereinigen, welche die prompte und korrekte Ausführung jedes einzelnen unmöglich machen. Um diesen Uebelständen abzuweichen, wurde, wie hier rekapitulierend bemerkt sei, in einer Versammlung ein Antrag angenommen dahingehend, den Gauvorstand vom Lokalvorstande zu trennen und zu diesem Zweck eine Kommission gewählt, die untersuchen sollte, auf welche Weise dieses am besten zu erreichen sei. Nach längeren eingehenden Beratungen kam diese Kommission zu dem Resultate, daß, um eine durchgreifende Besserung herbeizuführen, es notwendig sei, einen besoldeten Verwalter anzustellen, welcher das Amt als Lokalvereinsvorsitzender und als Gauaffizier übernehme und außerdem die notwendige Agitation im Gau betriebe. Ein dahingehender Antrag wurde in einer hiesigen Versammlung mit großer Mehrheit angenommen und als Antrag des Lokalvereins Hannover auf die Tagesordnung des am 22. und 23. September in Göttingen abgehaltenen Gantages gestellt. Da nun die Kommission der Meinung war, daß, wenn ein Antrag vom Lokalvereine gestellt werde, dieser selbe Verein nicht Delegierte zum Gantage senden könnte, welche diesen Antrag bekämpften, so stellte sie Kandidaten auf, von denen sie wußte, daß dieselben für den Antrag eintreten würden. Diese erhielten auch in der Versammlung die Mehrheit. Bei der dann folgenden Urabstimmung wurde von einer andern Seite jedoch eine gegnerische Liste aufgestellt und die auf dieser Liste aufgestellten Kandidaten fanden merkwürdigerweise die Mehrheit. Somit wurden zum Gantage Delegierte entsandt, welche den eignen Antrag zu bekämpfen die Absicht hatten. Es tauchte dann unter den Mitgliedern die Meinung auf, daß die Urabstimmung nicht ganz auf legalem Weg erfolgt sei und es wurde daher gegen letztere unter Anführung der einzelnen Punkte Protest eingelegt und zur Entscheidung über diesen Protest eine Versammlung beantragt. Statt nun diese von 57 Mitgliedern beantragte Versammlung einzuberufen, entschied allein der Vorstand, daß der Protest unbegründet sei. Daraufhin

erklärten zwei Delegierte, daß sie ihr Mandat ablehnen, falls der eingegangene Protest nicht durch Versammlungsbeschlüsse erledigt werde. Beide sind auch nicht zum Gantage erschienen. Es wurde dann ein mit 183 Unterschriften versehener Protest an den Gantage gefandt, worin erklärt wurde, daß die vom Gantage gefassten Beschlüsse für den Lokalverein Hannover nicht eher rechtskräftig sein könnten, als bis eine hiesige Versammlung die Hannoverische Delegiertenwahl anerkannt habe und damit die Erledigung des Protestes eintrete. Dieser Protest wurde dann vom Gantage in der aus dem Corr. Nr. 115 und 117 ersichtlichen Weise erledigt. Das sind die Vorgänge, wie sie sich in Hannover abgepielt haben und welche auch in dieser Versammlung wiederum zu mancherlei Vorwürfen gegen den Vorstand Veranlassung gaben. Während eine Anzahl Redner die Forderung vertraten, den Protest in der Versammlung erledigen zu lassen und erklärten, der Vorstand habe die Versammlung absichtlich verzögert, erklärte Klapproth, der Gantage allein sei kompetent in dieser Angelegenheit und dieser habe die Sache erledigt. Auch müßten derartige Anträge acht Tage vorher eingebracht werden; dieses sei nicht geschehen und die Versammlung hätte daher nicht stattfinden können. Sodann wurde zum ersten Punkte der Tagesordnung übergegangen und erklärte Klapproth, daß er sein Amt als Reiseskassenverwalter niederlegen wolle, da mancherlei Beschwerden über ihn erhoben seien. Er halte diese aber für unbegründet, da er den Reisenden jede gewünschte Auskunft erteile und dieselben in jeder Beziehung anständig behandle. Rosenbruch unterstützte dieses, indem er ausführte, die Reisenden hätten oft selbst schuld an der ihnen zu teil gewordenen Behandlung; dieselben legten oft ein Betragen an den Tag, das eine energische Zurückweisung erfordere; würden sie dann auf derartige Ungehörigkeiten hingewiesen, so heiße es, sie seien grob behandelt. Im übrigen sei es Klapproth nicht allein, der die Reisenden so behandle, das thue jeder Verwalter. Die Redner aus der Versammlung drückten zum Teil ihre Verwunderung darüber aus, daß Klapproth jetzt plötzlich sein Amt als Reiseskassenverwalter niederlegen wolle, obwohl die erwähnten Beschwerden doch schon seit Jahren erhoben werden. Man sei mit der Niederlegung gern einverstanden, aber so große Ehre habe das nicht; man könne die Wahl eines Verwalters zugleich mit der Vorstandswahl erledigen. Da eine solche in diesem Jahre noch nicht stattgefunden, so könne dieselbe schon in nächster Zeit vorgenommen werden. Sodann wurden zu diesem Amte vorgeschlagen die Kollegen Dörrie, Sievers, Hartwig, Kintze, Löber, Sfermann, Rosenbruch und Fritzsche. Die ersteren sechs lehnten die Kandidatur ab, während Rosenbruch nicht die Mehrheit der Versammlung erhielt; somit wurde Fritzsche allein als Kandidat aufgestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Modus der Urabstimmung bemängelt. Man war der Ansicht, daß die Urabstimmung allerdings beibehalten, aber in der Versammlung vorgenommen werden solle, um die Mehrheit denen zu sichern, welche regelmäßig die Versammlung besuchen, und nicht solchen Mitgliedern, welche meistens durch Abwesenheit glänzen, aber bei einer Urwahl die Versammlungsbesucher überstimmen. Dies habe man bei der letzten Delegiertenwahl gesehen; hierbei hätten die Kandidaten der Esser-Kommission in der Versammlung die überwiegende Mehrheit erhalten, während sie bei der Urabstimmung in der Minorität geblieben seien. Das seien Zustände, welche der Abhilfe bedürften; es stehe ja jedem frei, in die Versammlung zu kommen und dort seine Meinung zu vertreten. — Sodann wurde zum zweiten Punkte der Tagesordnung, Bericht der Delegierten vom 24. Gantage, geschritten. Die Wiedergabe dieses Berichtes an dieser Stelle halten wir für überflüssig, da derselbe schon in Nr. 115 und 117 des Corr. enthalten ist. Inmitten des Berichtes mußte die Versammlung wegen vorgeschrittener Zeit abgebrochen werden und fand die Fortsetzung derselben am Freitage dem 19. Oktober statt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Anszählung der Stimmzettel zur Wahl eines Reiseskassenverwalters vorgenommen, die folgendes Resultat ergab: Fritzsche erhielt 277, Rosenbruch 51, Klapproth 29 Stimmen; Fritzsche ist daher mit großer Mehrheit gewählt. Als zweiter Punkt stand die Fortsetzung des Gantagsberichtes auf der Tagesordnung. Es wurde jedoch von Seiten der Versammlung gewünscht, daß man sofort in die Diskussion über den Bericht eintrete, da derselbe ja schon jedem Mitglied aus dem Corr. bekannt sei. Dieses wurde acceptiert und es nahm ein Vertreter der damaligen Esser-Kommission das Wort zur Rechtfertigung gegenüber den Beschlüssen des Gantages. Zur Ergänzung dieser Rede sprachen noch eine Anzahl Redner; wir geben die Debatte im Refsume wieder. Man könne, so wurde ausgeführt, sich den vom Gantage gefassten Beschlüssen allerdings nicht mehr widersetzen. Der an den Gantage eingesandte Protest habe daselbst aber eine Behandlung erfahren, die ein näheres Eingehen auf denselben erfordere. Es sei dem Gantage ein „Bericht“ zur Debatte gestellt worden, welcher seinerzeit von der Esser-Kommission an den Lokal-

verein Hannover erstattet sein sollte. Dieser „Bericht“ sei aber nur der Entwurf einer vom Kollegen Sievers im Juli d. J. gehaltenen Rede und auf unrechtmäßige Weise in die Hände Klapproths gelangt. Die in dem Schriftstücke gemachten Aufzeichnungen seien aber auf Wunsch der Kommission in vielen Stellen abgeändert und könnten daher nicht als Bericht angesehen werden. Ein schriftlicher Bericht an den Gantage sei überhaupt nicht erstattet. Die Opposition sei von Döblin als „Rache“ bezeichnet worden; eine solche unqualifizierbare Aeußerung müsse entschieden zurückgewiesen werden, da die Esser-Kommission, welche bei der ganzen Sache in den Vordergrund getreten sei, von der Versammlung gewählt wäre und daher der Vorwurf die gesamte Hannoverische Mitgliedschaft treffe. „Wahlmache“ sei allerdings getrieben, aber nicht von Seiten der Kommission, sondern von Klapproth; derselbe habe ein in der Sache hervorragend thätig gewesenes Kommissionsmitglied in einer Weise angegriffen, die geeignet war, daselbe in der Meinung der Kollegen herabzusetzen, und dadurch die ganze Sache von vornherein in ein ungünstiges Licht zu stellen versucht. Die gegenwärtige Bewegung sei den Hannoverischen Kollegen in Fleisch und Blut übergegangen und Döblins Stellungnahme zu derselben müsse scharf verurteilt werden, da derselbe die Stimmung in Hannover nicht kenne. Döblin habe sich bei seiner Anwesenheit in Hannover selbst davon überzeugen müssen, daß seine Worte nicht das Geringste zur Beseitigung der Streiffrage beigetragen hätten und zeuge sein Verhalten von völliger Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse. Wenn Klapproth sage, er habe ein Kommissionsmitglied aufgefordert, auf dem Gantage zu erscheinen, um dort den Antrag zu vertreten, daselbe sei aber der Aufforderung nicht gefolgt, so habe das darin seinen Grund, daß nicht ein Kommissionsantrag, sondern ein Antrag des Lokalvereins Hannover auf der Tagesordnung gestanden habe. Mit dem Augenblicke, wo die Delegierten gewählt waren, sei die Thätigkeit der Kommission als erledigt anzusehen gewesen und es hätte daher niemand Veranlassung gehabt, als Vertreter der Kommission zum Gantage zu gehen und dort den Antrag zu vertreten, dies sei vielmehr moralische Pflicht aller Hannoverischen Delegierten gewesen. Der Vorwurf der Unlofigkeit sei daher hinfällig. Da nun der Lokalverein Hannover statutgemäß auf dem Gantage durch 11 Delegierte vertreten sein müsse, so habe Klapproth für die zurückgebliebenen drei Delegierten Ersatz schaffen müssen; da dieses jedoch nicht geschehen, so sei Hannover nicht ordnungsgemäß vertreten gewesen. (Hieraus könnte man wohl eine Ungültigkeitserklärung der gefassten Beschlüsse konstruieren. D. Eins.). Die Kommission halte übrigens alle in dem Protest aufgestellten Behauptungen in vollem Maße aufrecht. Nicht nur die in dem Protest angeführten Thatfachen seien es, welche die Ungültigkeit der Wahl begründeten, sondern es kämen hierzu noch mehrere andere. In einer Druckerei hätte sich der Faktor (ein Anhänger Klapproths) davon überzeugt, wie jeder einzelne gewählt habe; das Wahlgelheimnis sei dadurch verletzt und eine unter solchen „gelinden Druck von oben“ stattgefundenen Wahl könne nicht als gültig angesehen werden. Die Behauptungen der Kommission seien auch auf dem Gantage nicht widerlegt, sondern nur unrichtig aufgefaßt und dann infolge der völlig einseitigen Darlegung der Sache von Seiten Klapproths verurteilt. Die Opposition sei leider infolge des Ausfalles der Wahl nicht in der Lage gewesen, die sog. Rechtfertigung Klapproths auf dem Gantage zu widerlegen; wäre dies der Fall gewesen, so wäre wahrscheinlich eine solche Resolution, die ja kein gutes Haar an der Opposition lasse, nicht angenommen worden, wie das jetzt der Fall sei. Unbegreiflich erscheine es, wie ein von 183 Mitgliedern unterzeichneter Protest als „leichtsinnig“ bezeichnet werden könne. Wenn nun auf dem Gantage gesagt sei, die Angriffe gegen Klapproth seien rein persönlich, so müsse dem entgegengehalten werden, daß, wenn man einen Mann von seinem Amt entfernen wolle, man diesen auch persönlich angreifen und sein Verhalten und seine Thätigkeit beleuchten müsse. Von „persönlicher Rache“ könne durchaus keine Rede sein. Es habe der Kommission fern gelegen, „Verdächtigungen und Verleumdungen“ auszusprechen; sie sei überzeugt, daß ihre Behauptungen auf Wahrheit beruhen. Klapproth habe auf dem Gantage erklärt, er sei nie politisch thätig gewesen; dem gegenüber müsse jedoch konstatirt werden, daß Klapproth Wahlscheiben gehalten habe; außerdem habe er bei der Reichstagswahl arbeitslose Kollegen mit Stimmzetteln für den freireisenden Kandidaten vor das Wahllokal gestellt, während er einem Kollegen aus der Vereinsdruckerei, welcher Stimmzettel für den Arbeiterkandidaten verteilen wollte, den Urlaub hierzu verweigert habe, trotzdem derselbe wohl auf einen Tag im Geschäft zu entbehren gewesen wäre. Die ganze Sache würde übrigens im Auge behalten und es würde sich wohl noch zeigen, „mit welcher Wahrheitsliebe diese Herren umspringen“. — Den von der Opposition gehaltenen Reden wurde entgegengehalten, daß betr. der Wahl jeder wählen könne wie er wolle und von einer Beein-

flutung der Kollegen untereinander seine Rede sein könne. Die Wahl habe doch deutlich gezeigt, daß die Mehrheit in den Druckereien anders denke als diejenige in der Versammlung. Die Delegierten hätten mit voller Ueberlegung das Mandat angenommen; dazu hätte sie das Resultat der Abstimmung bewegt, und der mit Kleinlichkeiten angefüllte Protest habe sie daran nicht hindern können. Was die Beschlüsse des Goutages anbetreffe, so könne man sich mit denselben wohl zufrieden geben, zumal Klapproth als Kasseverwalter abgedankt habe und in Zukunft der Gauvom Lokalvorstande getrennt gehalten werden müsse. Ein Redner wies darauf hin, daß die Opposition die ganze Angelegenheit durch verschiedene Fehler selbst verschuldet habe. Von vornherein habe man beabsichtigt, dem Verwalter alle möglichen Reklamationen aufzubürden. Ferner sei es ein großer Fehler gewesen, daß die Kommission in einseitiger Weise ihre Kandidaten aufgestellt und durchgedrückt habe; es wäre deshalb zu entschuldigen, daß infolge dessen von anderer Seite nur strikte Gegner der Kommission aufgestellt seien. Ebenfalls sei es ein Fehler gewesen, daß die Kommission trotz Ersuchen des Gauvorsitzers einen Vertreter nicht gesandt habe, sowie daß die beiden Delegierten und besonders derjenige, der die höchste Stimmenzahl erhalten habe, dem Goutage ferngeblieben seien; wäre dies nicht geschehen, dann hätte die Sache auf dem Goutage vielleicht eine andere Wendung genommen. Klapproth erklärte, daß er das, was in dem Goutagsbericht ausgeführt sei, gesagt habe und nichts anderes. Es liege nicht in seinem Charakter, Personen anzugreifen, die nicht anwesend seien und sich deshalb nicht verteidigen könnten. Die Beurteilung des betreffenden Antrages sei durchaus nicht einseitig geschehen; sämtliche Delegierte hätten dazu gesprochen und dann erst habe er das Wort ergriffen. — Im Laufe der Debatte war eine Resolution eingegangen, welche von einigen Rednern bekämpft wird, da dieselbe ein Schlag ins Wasser sei und Veranlassung zu beiderseitigen Erwiderungen geben werde, da sie Unwahrheiten enthalte. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution folgenden Wortlautes angenommen: „Die am 19. Oktober in der Börse stattfindende Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Antrag Hannover auf Anstellung eines besoldeten Verwalters sowie der von 183 Mitgliedern unterzeichnete Wahlprotest infolge der einseitigen Berichterstattung auf dem Goutage eine Auslegung erhielt, welche nicht geeignet ist, zur Erlebung der Angelegenheit beizutragen. Der auf dem Goutage erhobene Vorwurf, die Opposition sei eine „Mache“, die Kollegen seien dupiert, wird als eine den Thatfachen widersprechende Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, da den Mitgliedern des Lokalvereins sowie dem Gauvorstand in zwei Haupt- resp. Strafverhandlungen Gelegenheit geboten war, zu dem Antrage der Eifer-Kommission Stellung zu nehmen.“ Ferner protestiert die Versammlung gegen das Verhalten des Gau- resp. Lokalvorsitzers, welcher sich nicht scherte, erwiesene Unwahrheiten zur Bekämpfung des hannoverschen Antrages und zu seiner Rechtfertigung ins Spiel zu führen.“ Hierauf fand die Versammlung ihren Schluß.

F. London. Die Linotype-Kompanie macht alle Anstrengungen, den „eisernen Kollegen“ in der Buchdruckerwelt in ein gutes Licht zu stellen, da vom Personale des Daily Telegraph in der Tagespresse behauptet wird, daß die Linotype den Anforderungen nicht entspreche und des Tages über die meiste Zeit außer Dienst gestellt sei. Ueberall aber erheben nun die organisierten Buchdrucker ihre Stimme gegen die „wortbrüderliche“ Linotype-Kompanie und ein Manifest der Provinzialkollegen an die „arbeitslosen Männer“ warnt dringend vor der „bonigfüßigen“ Antändigung, wie sie den Lesern des Corr. bereits aus Nr. 119 her bekannt ist. Die Printing News, das Organ der Seegeresellschaft, schreibt zu diesem bevorstehenden Kampfe: „Wenn wir auch nicht wissen, auf welcher Seite wir in diesem gerechten Kampfe unsere Arbeitgeber finden werden, so ist es dennoch unsere Pflicht, daß wir unser Lebensprinzip hochhalten, indem wir keine sogenannte „freie Arbeit“ dulden und in diesem Falle keine Kompromisse schließen. Alle Mittel, unsere ganze Kraft gilt es, den Ansturm gegen die Citadelle des Verbandes erfolgreich abzuwehren.“ Hiermit wäre also ehrlich offene Fehde erklärt! Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß fast jede Maschine, welche aus der großen amerikanischen Republik importiert wird, mehr oder weniger eine Verhöhnung ist, so stehen wir doch dem Zeitpunkt nicht mehr fern, wo unsere „gnädigen Vortäter“ bei einem Ausstand in der Lage sind, Maschinen und Operatoren in derselben Affäre zu verlangen. Es ist rein zum „sozialdemokratisch“ werden, wenn man bedenkt, die „Winos“ kommen und die „Handwerker“ müssen gehen! Vorläufig haben wir jedoch unsern Aivalen noch nicht zu fürchten, da wir unter dem Schutze der großen Buchdrucker-Union stehen, die bereits den Kommandoruf „Segel stich“ erlassen ließ. Neben dem „eisernen Kollegen“ zeigt sich aber noch ein andres Gespenst

am Horizonte, nämlich: Die Unemployed Question. Wenn es auch recht bedauerlich ist, daß unlängst die Resolution bezüglich der Arbeitslosen-Frage (Verkürzung der Arbeitszeit) mit überwiegender Mehrheit niedergestimmt wurde, so müssen wir uns eine zeitlang damit zufrieden geben, die beschäftigungslosen Mitglieder auf andre Weise nach Kräften unterstützen zu können. Und der kürzlich veröffentlichte Redenschäftsbericht beweist, daß hierfür viel vorausgesetzt wird. Im ersten Halbjahre wurden an Arbeitslosen-Unterstützung 8500 Pf. Sterl. gezahlt. Ist man gezwungen, sämtliche Druckwerkstätten Londons abzulaufen, um Arbeit zu finden, so kann man auch von den vielen „Flagen“ erzählen, die an den Kunsttempeln prangen. Sie legen keinen Beweis von Buchdrucker-Festlichkeiten ab, sondern sie „entmutigen“ den auf steter Arbeitssuche befindlichen Jünger Gutenberg's, indem das Banner die seltsame Devise:

NO COMPOSITORS
WANTED.

trägt. Und wie steht es mit den arbeitslosen Kollegen in den Provinzen? Nimmt man da die amtliche Labour Gazette zur Hand, so findet man, daß Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder abwechselnd einen großen Prozentsatz „Arbeitslose“ aufweisen. Einen kurzen Ueberblick dürfte folgende Statistik bieten, die aber bei weitem nicht erschöpfend ist. Nach dieser bezieht sich die gezwungene Bummel in Leeds auf 14 Proz., Liverpool 10 Proz., Botterles 9 Proz., Tyne und Wear 84 Proz., Hull und Nottingham 8 Proz. Dublin hat 243 beschäftigungslose Mitglieder zu unterstützen. Die Arbeitslosigkeit unter den Lithographen schreibt man auch vielfach dem Umstand zu, daß die hiesigen graphischen Waren meistens die Marke „Printed in Germany“ tragen. Die Truth, das Organ des Radikalen Labouche, geht dieserhalb sehr ins Zeug und auch in anderen Blättern kam diese Gelegenheit schon wiederholt zur Sprache. Ja, sehr häufig verjucht man der deutschen graphischen Arbeit die Wörtchen „billig“ und „schlecht“ anzuhängen. Auf dem Buchdrucker-Delegiertentag in Manchester wurde denn auch dieserhalb folgende Resolution angenommen: „Das Exekutiv-Council billigt die Gründung einer internationalen Federation der Buchdrucker-Organisationen, um dadurch die Ausübung englischer Bucharbeit in ausländischen Oeffizinen, wo der Tarif nicht anerkannt wird, zu verhindern.“ — Die Seegeresellschaft in Leeds, welche seit dem Jahr 1810 einen unabhängigen Charakter einnahm und zu den ältesten Organisationen Englands zählt, hat sich nunmehr der Typographischen Association der Provinz angeschlossen, deren Hauptsitz in Manchester ist, wo vom 27. bis 29. September ein Buchdruckerdelegierten-Kongress stattfand. — Nach der amtlichen Labour Gazette erzielten im Buchdruckgewerbe in Manchester und Inverness 555 Arbeiter eine Arbeitszeit-Verkürzung um 8 resp. 2 Stunden. Die Arbeitszeit beträgt nunmehr 48 Stunden pro Woche. Ferner bewilligten die Achtundvierzigstundenswoche die Oeffizinen Cooperative Newspaper Society (Akt.-Ges.) und Cooperative Printing Society (Akt.-Ges.) in Manchester, sowie die Druckerei Buchley in Densham. — Auch im christlichen Albion haben wir an acht künhardtianischen Prachtexemplaren keinen Mangel. Verlangte doch unlängst ein Midland-Drucker von einem ersten Accidenzsetzer folgende Fragen zu beantworten: Komposition. 1. Was verstehen Sie in bezug auf Akkuratesse? 2. Was wissen Sie in bezug auf Fertigkeit? 3. Arbeiten Sie früh am Morgen bis abends spät, wenn es verlangt wird? Charakter. 1. Können Sie mir bezüglich Ihres sittlichen Verhaltens Aufschluß geben? 2. Besuchen Sie auch eine Kirche? Wenn, dann erjuchen die Adresse des betreffenden Pfarrers. 3. Sind Sie gesund? Es wird halt immer „temtelichter“! — Der angeblische Kolonialdirektor Zook, dem man auch nachsagt, daß er vor längerer Zeit in Deutschland der Herausgeber des Zook'schen Armees-Journals gewesen, sitzt nun hinter den „schwedischen Gardinen“, nachdem er bereits 600 arme Leute um Geld beschwindelte. Die Beurteilung dieses „Kongoggeris“ dürfte sich ungemein in die Länge ziehen, da auch seitens der belgischen Regierung Anlage erhoben werden soll und die vorhandenen deutschen Schriftstücke überfest werden müssen. — Mr. Blumenfeld, der Superintendent der Thorne-Strichmaschinen-Kompanie, hat seit kurzem in London, von Amerika kommend, sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die beiden Kompanien werden sich nun wohl gegenseitig überbieten, so daß wir noch einen Hauptpaß miterleben.

-ck-München, im Oktober. In der am 6. Oktober abgehaltenen Versammlung machte der Vorsitzende unter Vereinstmittlungen auf die auf Veranlassung des Zentralvorstandes veranstaltete Statistik über die Buchdruckerhältnisse aufmerksam, warnte vor Annahme einer Konvention in Augsburg, von wo die Mitteilung eingegangen sei, daß das Augsburger Adreßbuch um nahezu 100 Proz. billiger als früher von einer Druckerei übernommen worden (für diese Druckerei scheint das

Pfund Sezerfleisch niedrig im Preise zu stehen) und wies schließlich auf den Zustand der Maschinenmeister in der Bärensteinischen Druckerei in Berlin hin. — Gegen den den Mitgliedern bereits gedruckt zugegangenen Redenschäftsbericht pro 2. Quartal wurde von der Versammlung eine Einwendung nicht gemacht. Die Redatoren behielten den ordnungsgemäßen Befund von Kasse und Büchern und wurde hierauf dem Kassierer Decharge erteilt. — Es kamen nun die in der letzten Versammlung unerledigt gebliebenen Punkte zur Verhandlung; zunächst die Angelegenheit der Druckerei Schwarz. Betreffender Prinzipal hatte vor einiger Zeit Gelegenheit genommen, seinem Sezerpersonal durch einen Beirung einen „Höring“ zu übersenden, weil nach seiner Meinung nicht die nötige Ruhe im Arbeitslokale gerichtet habe. Gegen dieses Gebahren des Prinzipals verwahrten sich einige Sezer, worauf ihnen vom Prinzipale der Stuhl vor die Thür gesetzt wurde. Hierauf erklärten sich sämtliche Sezer mit den Gehindigten solidarisch, verlangten vom Prinzipale die Zurücknahme dieser Kündigungen und wanderten sich gleichzeitig an den Ortsvorstand. Dieser konnte jedoch im vorliegenden Fall eine Maßregelung auf Grund der „Beschlüsse“ nicht erkliden, bewilligte indessen sämtlichen Ausgetretenen, sofern sie am Orte bezugsberechtigt waren, die Arbeitslosenunterstützung und erkannte einem am Orte Nichtbezugsberechtigten eine Unterstützung aus der Datskaffe zu. In der Versammlung war nun ein Teil der Mitglieder der Meinung, daß für derartige Fälle ein prinzipieller Entscheid herbeigeführt hätte werden sollen, indem sie betonten, daß schon der § 1 des Verbandsstatuts hier maßgebend sei, da er von der Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen spreche. Der andre Teil und mit ihm der Gesamtvorstand konnte sich dieser Meinung nicht anschließen, doch ergab sich bei der Endabstimmung ein kleines Mehr für die erstere Ansicht. Dasselbe Resultat ergab sich bei der Abstimmung über den nächsten Punkt, Entziehung der Konditionslosenunterstützung wegen Selbstverschuldens. Während der Debatte über denselben fiele Worte und kamen Anstichten zu tage, die im Interesse der Allgemeinheit besser unterblieben wären. Da nunmehr in beiden Abstimmungen die Beschlüsse des Ortsvorstandes keine Billigung gefunden, so sah dieser sich veranlaßt, insgesamt seinen Rücktritt zu erklären, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis schloß, daß eine alsbald einzuberufende Vereinsversammlung sich mit der Neuwahl des Gesamtschiffes zu beschäftigen habe. Diese Versammlung fand Sonntag den 14. Oktober im großen Orpheumsaale statt. Hier rekapitulirte zunächst der Vorsitzende über den Verlauf der letzten Versammlung und die Stellung des Ausschusses dazu, bemerkte, daß eine Mitgliedschaftsversammlung gar nicht berechtigt wäre, Beschlüsse des Ortsvorstandes einfach umzuwerfen, bevor nicht von den Betroffenen der Instanzweg beschritten, d. h. bei dem Gau- und Zentralvorstande Beschwerde geführt worden. In dieser Versammlung ging denn auch die Ansicht der Mitglieder dahin, daß der Ortsvorstand mit seinen gefassten Beschlüssen im Rechte gewesen sei. Es wurde demselben ein Vertrauensvotum mit großer Mehrheit erteilt, worauf der Ausschluß mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, Kollegen Neßhäuser, welcher seinen Rücktritt aufrecht erhielt, sich bereit erklärte, die Geschäfte weiterzuführen. An Stelle des Zurückgetretenen wurde Kollege Banner zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Posen, 21. Oktober. Endlich einmal sind die Posener Verhältnisse in einem richtigen Maßstabe geschildert worden. Der Schreiber von „Polen- und Deutschland“ hat in allen Punkten die Lage sehr richtig aufgefaßt und ich kann nicht umhin, seine Aufzeichnungen in zwei Punkten zu vervollständigen. Zuerst werde ich über die Lehrlingsfrage mich auslassen, denn dieselbe war wenig zur Sprache gebracht. Wer von den zwei Nationalitäten die Sache zuerst in richtige Bahnen lenken mußte, darüber wird man bald im klaren sein, wenn man erwägt, von welcher Nationalität die meisten Lehrlinge ausgebildet werden. Ich bin nach genauer Untersuchung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die polnischen Lehrlinge hier in einer die deutschen weit überwiegenden Zahl vorhanden sind. Nicht nur in polnischen, sondern auch in deutschen Druckereien werden recht viel polnische Lehrlinge gezüchtet. Man kann beinahe behaupten, daß es nur polnische Lehrlinge gibt. Nach diesen Ausführungen würde es Sache der Polen bezw. des polnischen Vereins sein, die Lehrlingsfrage energisch in die Hand zu nehmen. Der Verband, so wenig er hier vertreten ist, hat in dieser Beziehung ziemlich viel getan. Es wäre deshalb zu wünschen, da die Polen im großen und ganzen Gegner des Verbandes sind, mit ihm denselben nicht betreten wollen, daß dieselben doch wenigstens durch rege Agitation unter der polnischen Bevölkerung den Stand des Buchdruckers in seiner wahren Gestalt zeigten. Es gibt unter den polnischen Sezern viele, die sogar ihre Bekannten und Freunde aufmuntern, ihre eigene Buchdrucker werden zu lassen; letztere werden dann in die deutschen Druckereien geschickt, damit sie etwas lernen,

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

wohingegen die Lehrlinge in den polnischen Druckereien verdrängen. Ich möchte hier an die deutsche Prinzipalenschaft das Ersuchen richten, nicht mehr so nachlässig bei Aufnahme von Lehrlingen, speziell polnischen, zu sein. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Lehrling, namentlich der polnische, richtig deutsch lesen und schreiben kann. Denn die meisten polnischen Lehrlinge in deutschen Druckereien können weder das eine noch das andre, daher ist es nicht zu verwundern, wenn sie trotz fünfjähriger Lehrzeit nichts richtig fapieren. Es ist hier ein Fall vorgekommen, daß sich Lehrlinge dagegen gestraußt haben, freigesprochen zu werden, weil sie wußten, es folgt wegen ihrer Untauglichkeit der Entd. Hier möchte ich den polnischen Verein ersuchen, dahin zu wirken, daß die polnischen Lehrlinge nicht in deutsche Druckereien zum Auslernen gesandt werden. Wenn hier durch Aufrufe an das polnische Volk etwas geschieht, so glaube ich, daß dies sehr viel nützen wird, wobei zugleich der Allgemeinheit geholfen ist, indem bedeutend weniger Buchdrucker lernen. Den polnischen Sehern ist es im allgemeinen wenig bekannt, daß die Segmaschine hier in Deutschland schon ziemlich verbreitet ist. Ich will nicht hoffen, daß eine dieser Maschinen den Weg nach Posen findet, aber zur Aufklärung in den hiesigen Buchdruckertreffen könnte man es bald wünschen. Das Mißverhältnis zwischen deutschen und polnischen Sehern in deutschen Druckereien ist leider vorhanden. Die polnischen Seher haben sich schon seit längerer Zeit in starker Zahl durch Vermittlung und Streiftreibern in deutsche Druckereien geschmuggelt und besitzen zur Zeit die besten Posten in denselben. Sie werden sogar von den deutschen Prinzipalinnen als Stützen des Geschäftes sehr geschätzt, natürlich weil sie als Polen sehr gut nach deutscher Pfeife zu tanzen verstehen. Man hat sogar nach dem letzten Streit ihnen persönlich Dank gezollt mit der Motivierung, daß sie diejenigen waren, die das Geschäft vor dem Untergange gerettet hätten! Also da gibt's nichts zu lachen! Der Pole ist in der deutschen Druckerei der unentbehrlichste Mensch. Es ist die reine Ironie, wenn man bedenkt, daß deutsche Zeitungen beinahe von Polen hergestellt werden, wo die Tendenz derselben gegen das Polentum lauten. Würde das deutsche Publikum in dieses verzwickte Verhältnis der deutschen Zeitungen eingeweiht werden, so könnte es leicht passieren, daß dieselben ziemlich starke Verluste an Abonnenten erlitten, da die Berliner Zeitungen sowieso schon stark in Stadt und Provinz Posen gelesen, sich hier dadurch einen weit größeren Leserkreis erringen könnten. Also Vorsicht ist die Mutter der Weisheit! — Wenn sich noch die Polen an der Ordnung der deutschen Angelegenheiten beteiligen. Aber nicht einmal in gewerkschaftlicher Beziehung sind sie für die Allgemeinheit eingenommen. Sie sondern sich ab und glauben dadurch ihrer Nationalität einen großen Dienst zu leisten. Sie übersehen vollständig das neben ihnen liegende große Elend der Arbeitslosigkeit. Polnische Buchdrucker liegen jahrelang den Posener Kaszen zur Last; aber niemand rührt einen Finger, um den Anfang zur Besserung dieser Verhältnisse zu machen. Der Verband sieht hier eingeteilt zwischen Polen, Wilden und Gewerkschaftlern und ist in dieser Lage leider gezwungen, nur Liebe nach rechts und links auszuweiten, solange bis es mal besser wird im polnischen Staate. Der Glaube an eine Verbesserung hiesiger Verhältnisse ist in dem kleinen Kaufleuten Verbändlern noch nicht ausgestorben. Wir hagen nur den Wunsch, daß sämtliche Posener Buchdrucker bald zu der Einsicht kommen mögen, dem Verbande beizutreten, dann ist uns allen geholfen.

Fraunstein. In der Buch- und Kunstdruckerei von Werkmeister, hier, sind 3 Seher, 1 Maschinenmeister, 2 Holzarbeiter und 2 Lehrlinge (ein drücker wird demnächst eingestellt) beschäftigt. Was die Lohnverhältnisse bei dem christlichen Verleger des Zentrumsblattes betrifft, so erhält ein Seher, der bereits zehn Jahre im Geschäft, bare sieben Mark ohne Kost, ohne alles, ein Accidenzseher wird ebenfalls mit 7 Mt. nebst Kaffee und Brötchen und dem sehr spärlichen Mittagessen honoriert, Einsender dieses, der das Blatt zu redigieren, Korrekturen zu lesen, Anzeigen und Politik zu setzen und dann zu umbrechen hat, erhält 15 Mt. nebst Kaffee und Mittagessen (Besperrbrot gibt es nicht), für welches der Herr Chef täglich 1 Mt. berechnet. Der Maschinenmeister, der daselbst gelernt, bekommt außer Kost und Logis ganze 4 Mt. Die Lehrlinge, die außer dem Geschäft noch verschiedene häusliche Arbeiten, wie Kindermatten usw. verrichten müssen und vier Jahre ohne jedwede Entschädigung lernen, bekommen einen sehr kümmerlichen Mittagstisch und als Abendbrot ein Stückchen trocknes Brot nebst 10 Pf., wofür sie sich etwas kaufen sollen. Bei diesen Hungerlöhnen werden noch großartige Ansprüche gemacht und über die Behandlung seitens des für das „Wohl der Arbeiter“ besorgt sein wollenen Prinzipals läßt sich auch ein Viechen singen. In der Druckerei des Herrn Müller sind neben einer sehr feinen Behandlung auch die übrigen Verhältnisse als sehr ernstlich zu bezeichnen.

Zu den verschiedenen Schwerenstern unter unseren Prinzipalen gehört ein Herr Artl in Dessau, den älteren Lesern des Corr. durch seine Eulenspiegelereien gegen die Gehilfen kein Unbekannter. Er ist ein „liberaler“ Drucker und kann seinem Antipoden, dem ultramontanen Drucker des Rheins. Merkur die Hand reichen, denn eines ist es, worin sich so viele Signantanten der die Extreme darstellenden alten politischen Parteien verständnisvoll berühren: in dem Hasse gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter. Herr Artl verfiert ebenfalls das Koalitionsrecht der Arbeiter in seiner Zeitung — dem Verbande der Deutschen Buchdrucker verschleibt er aber sein Haus. Das Dessauer Volksblatt hielt ihm mit vollem Rechte diesen groben Widerspruch zwischen Theorie und Praxis rügend vor und der Verbanne unternahm es hierauf, sich zu rechtfertigen. Er glaubte seine Verteidigung zwar höchst klug zu führen, hat sich jedoch, wie es in der Natur der Sache liegt, vor dem denkenden Teile seiner zwölfhundert Leser eine tödliche Wölbe gegeben. So lange der Verband auf „politisch neutralem Boden“ stand, habe er Verbändler beschäftigt, antwortet Herr Artl, im Nachsatz ist er, der seinen Corr. mit Aufmerksamkeit liest, nicht etwa so unvorsichtig, direkt zu behaupten, der Verband stehe jetzt auf dem Boden einer politischen Partei, allein er meint, „professionelle Unfriedensstifter und Seher“ leiteten jetzt denselben und weil seine früheren Gehilfen „unter dem Druck einer politischen Partei“ die neunstündige Arbeitszeit gefordert und „dem Kommando eines Berlin-Beipziger Seher-Konfortiums“ gefolgt und aus seinem Geschäft ausgetreten seien, habe er Mitglieder des Verbandes, die einer Zentralfeste gehorchten und auf ihr eigenes Urteil verzichteten, nicht mehr für die geeigneten Mitarbeiter. Das sei logisch. Es könne jemand für weiteste Versammlungs-freizeit sein und doch manchen Versammlungen möglicherweise fern bleiben, das Koalitionsrecht billigen und doch nicht jeden Verband für berechtigt und seiner persönlichen Meinung wert halten. „Also unser durchaus liberaler Grundgesetz heißt auch hier: Jeder mag nach seiner Façon selig werden.“ — Hochzuverehrender, tiefseiner Herr Artl! Haben Sie noch nicht gemerkt, daß Sie eben deshalb angeklagt werden, weil Sie Ihre Gehilfen nicht nach dem „liberalen Grundgesetz“ ad libitum selig werden lassen, sondern ihrem Intellekt Zwang antun, ihnen verbieten, als Verbändler selig zu werden? Ueber das Fehlen Ihrer „persönlichen Meinung“ muß ja der Verband sich schon zu trösten suchen, indes daß Sie Ihre Arbeiter, die selben der „eigenen Einsicht“ und des „eigenen Urteils“ beraubend, zwingen, Ihre Abneigung zu teilen, das halten logisch denkende Menschen für das Gegenteil von Liberalität, ja sogar nicht nur für Knechtung des Gewissens und freien Willens, sondern auch für Fesselung von Händen und Füßen zu dem Zwecke, daß sie Ihrem, des Arbeitgebers, Machtgebote schutz- und hilflos unterworfen sein sollen. So, Herr Artl, Ihr Liberalismus!

Gewerbegericht. In Magdeburg klagte der Seher K. gegen die Buchdruckereibesitzer Gebr. G. auf 14 Tage Lohnentschädigung im Betrage von 46 Mt. wegen Entlassung ohne Kündigung. Kläger wird von den Beklagten beschuldigt, Schnaps gerunkten und sozialdemokratische Nebenarten geführt zu haben, aber von ihm zugegeben, daß K. nicht betrunken gewesen sei. Auch habe er sofort nach der ausgesprochenen Entlassung seinen Lohn nebst Papieren geholt und somit sein Einverständnis mit dem Verfahren kundgegeben. Die beklagte Firma muß, nachdem ein Vergleich von ihr abgelehnt worden war, die verlangte Summe zahlen, da ein Mißbrauch geistiger Getränke nicht stattgefunden und mit dem Empfange des Lohnrestes kein Einverständnis mit der Entlassung seitens des Klägers erklärt worden sei. — Ebendasselbe klagte der Seher M. gegen die Druckereibesitzer L. und D. (Volksrundschau) auf Lohnentschädigung für 14 Tage im Betrage von 30 Mt. (!) wegen Entlassung ohne Kündigung. Der Kontorist L. behauptete eiblich, daß M. mit dem ausdrücklichen Bemerkten eingestellt worden sei, Kündigung finde nicht statt. Daraufhin wird Kläger mit seiner Forderung abgewiesen und in die Kosten verurteilt. In Oesterreich-Ungarn bestehen gegenwärtig (ohne die kleineren Werke) 174 Papierfabriken, 210 Holzstoff- und Holzpappenfabriken und 34 Zellstofffabriken. Die Betriebskräfte dieser Establishments umfassen 57093 Pferdekräfte Wasserkraft und 14151 Pferdekkräfte Dampfkraft. Zu den Betriebsmitteln zählen 230 Papiermaschinen, 57 Bütteln, 407 Pappmaschinen, 662 Desfibriers und 131 Zellstoffocher. Die Produktion erreichte im Jahr 1893 an Papier 150 Millionen Kilogramm, Pappendeckel 7,2 Millionen Kilogr., Holzdeckel 40,2 Millionen Kilogr., Holzstoff 63,5 Millionen Kilogramm, Zellstoff 72 Mtll. Kilogr. Der Gesamtwert der Produktion wird auf rund 100 Millionen Franken veranschlagt. Ein Schriftseher ist kein Arbeiter — so hat die Eisenbahnverwaltung in Berlin entschieden. Einem

Kollegen wurde unter obiger Bemerkung die Erneuerung der Arbeiter-Wochenkarte zur Fahrt nach Wannsee verweigert mit dem Zusätze: die Schriftseher seien doch so gestellt, daß sie in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen könnten. In der betreffenden Verfügung heißt es: die Karten seien nur an Bau- oder ungelernete Arbeiter zu verkaufen. Danach wären auch andere „gelernte“ Arbeiter von der fraglichen Vergünstigung ausgeschlossen, was einer indirekten Aufforderung zur Anstrengung einer Lohnerhöhung gleichkommt, da von den bisherigen Löhnen die teuren Mietpreise in Berlin nicht zu bezahlen sind.

Den Konkurs angemeldet hat der Buchdruckereibesitzer G. M. Fiedler in Klingenthal. Anmel-dungen bis zum 16. November.

Eine in Hamburg (einschließlich der Orte Altona-Ottensen, Garburg und Maldor) aufgenommene Statistik der Buchbinderei weist nach, daß in 78 Betrieben Hamburgs sich 222 in Wochenlohn und 30 im Akkord stehende Gehilfen befanden, deren Löhne zwischen 15 bis 33 Mt. schwanken; die höchste Zahl davon und zwar 46 Gehilfen erhalten 18 Mt. Wochenlohn. In dem Gesamt-Aufnahmegebiet sind 327 (davon 157 organisierte) Gehilfen, 215 Arbeiterinnen und 46 Lehrlinge sowie 640 Maschinen gezählt. Die Arbeitszeit betrug in 1 Betrieb 8 1/2, in 12 9, in 4 9 1/2, in 38 10, in 35 10 1/2, in 11 11 und in 2 Betrieben 12 Stunden. Die Lohnerbeit wurde in 38 Betrieben nicht, in 64 Betrieben mit 10 bis 50 Proz. entschädigt.

Ein Ende 1893 vertagter Beileidigungsprozess gegen den damaligen Redakteur der Magdeburger Volksstimme Dr. Heimr. Luz lam erst jetzt zum Austrage, da der Angeklagte damals die Verneinung der Sach-verständigen beantragte, welchem Antrage jetzt Folge gegeben wurde. Dr. Luz ist Elektrotechniker und sprach dem Inhaber einer elektrotechnischen Versuchsstation das Verständnis für beratige Untersuchungen ab. (Der große Konsumverein in Magdeburg-Kleistadt hatte den Kläger zur Prüfung der Kostenanschläge für eine elektrische Anlage aufgefordert.) So ganz unredlich scheint er nicht gehabt zu haben, denn der Gerichtshof sprach ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu und erkannte auf Freisprechung. Der Verleger eines Flugblattes, das in Hamburg in 200 000 Exemplaren verbreitet worden war, zog sich eine Anklage wegen Aufreizung zum Klassen-haß zu, das Landgericht erkannte aber auf Freisprechung, weil es annahm, daß, wenn auch in dem fraglichen Blatte zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden sei, doch eine Gefährdung des öffentlichen Friedens nicht vorgelegen habe.

In Berlin starb der Direktor des Reichs-Anzeigers Dr. Herm. Lee, 50 Jahre alt, früher nachemander Redakteur der Post, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, des Magdeburger Korrespondenten und der Korrespondenz Klee.

Einmütig stellten sämtliche — Redakteure, fünf an der Zahl, einer Petersburger Zeitung, der Kustaja Schin, die Arbeit ein. Sie hielten die fernere Mitarbeit an der betreffenden Zeitung für ihrer unwürdig. Grund unbekannt.

Industrie und Gewerbe.

Beim sächsischen Bergbau waren im Jahr 1893 beschäftigt 30 774 Personen, 129 weniger als im Vorjahre. Der Erzbergbau beschäftigte 6045 Arbeiter und 408 Beamte, der Steinkohlenbergbau 21 124 Arbeiter und 718 Beamte, der Braunkohlenbergbau 2340 Arbeiter und 139 Beamte = 29 509 Arbeiter und 1265 Beamte, die insgesamt 71 829 Personen zu ernähren hatten.

In Meissen tagten 170 sächsische Müller und machten Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Müllegellen: Maximalarbeitszeit 16 Stunden, jährlich bis zu 200 Ueberstunden, Sonntagsruhe an 33 Sonntagen je 18 bis 24 Stunden. Und das nennt man auch noch eine Verbesserung! Der Arbeiter soll gleich einer Maschine Tag und Nacht im Gange bleiben — aber bei dieser ist Voraussetzung, daß sie gut in stand erhalten wird, was man den Arbeitern gegenüber nicht einmal für nötig erachtet, so daß dieser noch unter die Maschine rangiert.

Eine Explosion in Unina in Ungarn hat wieder 40 Arbeitern das Leben geraubt. Welch hohen Einfluß gegenüber den Internemien zahlen die Arbeiter und wie lohnt man sie kärglich an.

Bereine, Kaszen usw.

Die Bauarbeiter und Berufsgeoffenen hielten vom 28. bis 30. Oktober in Lüneburg ihren zweiten Verbandstag ab. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl Ende Juni d. J. 1793, der Kaszenbestand Ende Dezember 1893 1555,03 Mt. betrug. Die Anregung der Verschmelzung mit dem Verbanne der Fabrikarbeiter fand keinen Beifall, man will die Berufsorganisation auch ferner beibehalten. Der Referent betonte ganz richtig, daß eher ein Zusammengehen mit den Maurern am Platze wäre. Im übrigen beschäftigte man sich mit Statutenberatungen. Der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter mußte seine Zeitung vorläufig in andere

Fortsetzung in der Beilage.

H. Müller 20. 11. 1901